

Dokumentnummer: 2000#
letzte Aktualisierung: 19.11.2021

Dieses Dokument ist auch im Internet abrufbar: www.dnoti.de (unter Arbeitshilfen/IPR)

Kurzübersicht Apostille und Legalisation

Anerkennung deutscher öffentlicher Urkunden im Ausland und ausländischer öffentlicher Urkunden in Deutschland: Bilaterale Abkommen und Haager Übereinkommen

A) Vorbemerkungen

Nachfolgend finden Sie eine alphabetische Länderliste (C) mit Erläuterungen (B) zur Prüfung, unter welchen Voraussetzungen eine ausländische öffentliche Urkunde in Deutschland - oder umgekehrt eine deutsche öffentliche Urkunde im Ausland - als echt anerkannt wird:

- Mit mehreren europäischen Staaten bestehen **bilaterale Abkommen**, aufgrund derer jedenfalls bestimmte öffentliche Urkunden von jedem Echtheitsnachweis befreit sind, so notarielle Urkunden im Verhältnis zu **Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien und Österreich** (Einzelheiten unter B) I.).
- Eine **Apostille** genügt im Verhältnis der Vertragsstaaten des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 5. Oktober 1961 (BGBl. 1965 II S. 876). Dazu gehören insbesondere **alle EU-Staaten**. Eine Apostille erteilt für notarielle Urkunden der Landgerichtspräsident (Einzelheiten unter B) II.).
- Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben am 6.7.2016 die Verordnung (EU) 2016/1191 zur Förderung der Freizügigkeit von Bürgern durch die Vereinfachung der Anforderungen an die Vorlage bestimmter öffentlicher Urkunden innerhalb der Europäischen Union und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 (sog. **Apostillen-Verordnung**) verabschiedet. Gem. Art. 4 der Verordnung sind öffentliche Urkunden einer Behörde eines EU-Mitgliedstaats bei Verwendung in einem anderen EU-Mitgliedstaat von jeder Art der Legalisation oder ähnlichen Förmlichkeit befreit. Die Verordnung erstreckt sich aber nicht allgemein auf öffentliche Urkunden, insbesondere **regelmäßig auch nicht auf notarielle Urkunden**. Vielmehr sind im Wesentlichen nur Urkunden zu Feststellung folgender Sachverhalte erfasst: Urkunden aus dem **Personenstands- und Meldewesen** wie Geburts- und Sterbeurkunden, Ehe- und Partnerschaftsurkunden, Urkunden über Namen, Staatsangehörigkeit, Ehescheidung, Trennung ohne Auflösung des Ehebandes, Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft und Wohnsitz, aber auch Urkunden über die Vorstrafenfreiheit. Diese Verordnung gilt unmittelbar in jedem EU-Mitgliedstaat.

- Im Verhältnis zu den übrigen Staaten ist eine **Legalisation** erforderlich (§ 438 Abs. 2 ZPO; § 2 Gesetz betreffend die Beglaubigung öffentlicher Urkunden vom 1.5.1878, RGBl. 1878, S. 89 = BGBl. III S. 318-1). Legalisation bedeutet die Bestätigung der Echtheit einer Urkunde durch den Konsul des Staates, in dem von der Urkunde Gebrauch gemacht werden soll.
 - Für **ausländische Urkunden** erfolgt die Legalisation durch das deutsche Konsulat im jeweiligen Ausstellerstaat. In einigen Staaten nehmen die deutschen Auslandsvertretungen allerdings keine Legalisation vor, insbesondere wenn es dort vermehrt zu Unregelmäßigkeiten im Urkundswesen gekommen ist. Dann wird ggf. auf gerichtliches bzw. behördliches Ersuchen eine Einzelfallprüfung durch ortsansässige Anwälte durchgeführt (Einzelheiten unter B) III.1.).
 - Für **deutsche Urkunden** erfolgt die Legalisation durch die jeweilige Vertretung des ausländischen Staates. Bei notariellen Urkunden ist grundsätzlich eine Zwischenbeglaubigung durch den Landgerichtspräsidenten erforderlich, z. T. zusätzlich auch noch eine **Endbeglaubigung** durch das Bundesverwaltungsamt (Einzelheiten unter B) III.2.).

B) Erläuterungen

I. Bilaterale Abkommen

1. Bilaterale Abkommen, aufgrund derer auch notarielle Urkunden von jedem Echtheitsnachweis befreit sind

Belgien

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. Mai 1975 (BGBl. 1980 II S. 815).

Dänemark

Deutsch-Dänisches Beglaubigungsabkommen vom 17. Juni 1936 (RGBl. 1936 II S. 213).

Frankreich

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. September 1971 (BGBl. 1974 II S. 1074, mit Berichtigung auf S. 1100).

Italien

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden vom 7. Juni 1969 (BGBl. 1974 II S. 1069).

Österreich

Deutsch-österreichischer Beglaubigungsvertrag vom 21. Juni 1923 (RGBl. 1924 II S. 61).

2. Sonderfälle

Griechenland

Das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts vom 11. Mai 1938 (RGBl. 1939 II S. 848) stellt bestimmte gerichtliche und behördliche Urkunden von jeglichem Echtheitsnachweis frei (Landgericht oder höheres Gericht, oberste Verwaltungsbehörde, oberster Verwaltungsgerichtshof). Für Urkunden anderer Gerichte und Behörden sowie von Notaren und Grundbuchämtern ist hingegen eine Überbeglaubigung durch den Präsidenten des jeweiligen Gerichtshofs erster Instanz in Griechenland (bzw. für deutsche Urkunden Über-beglaubigung durch den Landgerichtspräsidenten) erforderlich (wobei in der Praxis stattdessen eine Apostille verwendet wird).

Schweiz

Der deutsch-schweizerische Vertrag über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden vom 14. Februar 1907 (RGBl. 1907 II S. 411) gilt nicht für notarielle Urkunden. Für notarielle Urkunden ist daher eine Apostille erforderlich.

II. Apostille

Im Verhältnis zu den Vertragsstaaten des Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 5. Oktober 1961 (BGBl. 1965 II, S. 875) genügt eine Apostille sowohl für die Anerkennung ausländischer Urkunden aus dem betreffenden Staat in Deutschland als auch umgekehrt für die Anerkennung deutscher Urkunden im betreffenden Staat. Ausgenommen sind jedoch die Staaten, denen gegenüber Deutschland einen Einspruch nach Art. 12 Abs. 2 des Abkommens eingelegt hat. Insoweit ist jedenfalls für die Anerkennung von Urkunden aus dem betreffenden Staat in Deutschland weiterhin eine Legalisation erforderlich (und für den umgekehrten Fall der Verwendung deutscher Urkunden im betreffenden Staat wohl auch erforderlich oder doch zumindest zu empfehlen). Eine laufend aktualisierte Liste aller Beitrittsstaaten - und der erklärten Einsprüche - findet sich auch auf der Homepage der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht:

www.hcch.net/index_de.php?act=conventions.status&cid=41

Die Apostille für notarielle deutsche Urkunden ist beim Landgerichtspräsidenten zu beantragen. Sie wird nach einem im Haager Übereinkommen vorgegebenen Muster erteilt. Welche Behörde in einem ausländischen Staat die Apostille erteilt, kann auf der Homepage der Haager Konvention eingesehen werden:

www.hcch.net/index_de.php?act=conventions.authorities&cid=41

III. Legalisation

Für Urkunden aus den übrigen Ländern ist grundsätzlich eine Legalisation erforderlich.

1. Legalisation ausländischer Urkunden zur Verwendung im Inland

Die Legalisation ausländischer Urkunden, die in Deutschland verwendet werden sollen, erfolgt durch den deutschen Konsul im Errichtungsstaat (§ 13 Abs. 1 KonsularG). Nach § 13 Abs. 2 KonsularG bestätigt die Legalisation die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat und ggf. die Echtheit des Siegels, mit dem die Urkunde versehen ist. Regelmäßig ist vor der Legalisation eine Überbeglaubigung durch das Außenministerium oder andere Behörden des Ausstellerstaates erforderlich, z.T. auch eine Vorbeglaubigung durch die der ausstellenden Behörde übergeordnete Behörde.

Für diverse Länder haben die dortigen deutschen Auslandsvertretungen die Legalisation bis auf Weiteres eingestellt, da dort die Voraussetzungen für die Legalisation nicht gegeben sind. Die dortigen deutschen Konsularbeamten können jedoch im Rahmen der Amtshilfe für deutsche Behörden oder Gerichte im Einzelfall – etwa durch vertrauenswürdige ortsansässige Rechtsanwälte - überprüfen lassen, ob der bescheinigte Sachverhalt zutrifft und hierdurch die Entscheidung der Inlandsbehörde über den Beweiswert der Urkunden in Deutschland erleichtern. Die Kosten hierfür wird die Inlandsbehörde regelmäßig den Beteiligten auferlegen.

Die Einstellung der Legalisation durch die betreffende deutsche Auslandsvertretung berührt nicht die Verwendung deutscher Urkunden im betreffenden Staat. Hierfür erfolgt weiterhin eine Legalisation; dies genügt auch als Echtheitsnachweis in den betreffenden Staaten.

2. Legalisation inländischer Urkunden zur Verwendung im Ausland

Die Legalisation deutscher Urkunden erfolgt durch die Auslandsvertretung des Staates, in dem die Urkunde verwendet werden soll. Erforderlich ist für deutsche notarielle Urkunden zunächst eine Vorbeglaubigung durch den jeweiligen Landgerichtspräsidenten.

Einige ausländische Staaten verlangen für die Legalisation deutscher Urkunden zusätzlich zur Vorbeglaubigung auch noch eine sogenannte Endbeglaubigung durch das Auswärtige Amt. Welche Staaten dies sind, ergibt sich aus der Länderliste (nachfolgend unter C)

Das Auswärtige Amt hat die Aufgabe der Endbeglaubigung deutscher Urkunden auf das Bundesverwaltungsamt übertragen. Die Kontaktdaten lauten wie folgt:

Bundesverwaltungsamt
Referat VM II 4
SG Apostillen und Beglaubigungen
50728 Köln
Telefon: 022899 358 4100
Fax: 022899 358 2893

Verbindliche Auskünfte zu den Voraussetzungen einer Legalisation und den Gebühren erhalten Sie i.Ü. von der für die Legalisation zuständigen ausländischen Vertretung in Deutschland.

C) Alphabetische Länderliste (Stand: 25.08.2021)

| Staat | Formerfordernis | Haager Abkommen zur Befreiung vom Erfordernis der Legalisation | |
|---------------------|--|--|--|
| | | Inkrafttreten | Fundstelle |
| A | | | |
| Afghanistan | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. keine Legalisation von Urkunden aus Afghanistan | | |
| Ägypten | Legalisation | | |
| Albanien | Apostille | seit 09.12.2016 | BGBI. 2017 II S. 160 |
| Algerien | Legalisation z. Zt. keine Legalisation von Urkunden aus Algerien mit Ausnahme von Personenstandsurkunden | | |
| Andorra | Apostille | seit 31.12.1996 | BGBI. 1996 II S. 2802 |
| Angola | Legalisation | | |
| Antigua und Barbuda | Apostille | seit 01.11.1981 | BGBI. 1986 II S. 542 |
| Äquatorialguinea | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Äquatorialguinea | | |
| Argentinien | Apostille | seit 18.02.1988 | BGBI. 1988 II S. 235 |
| Armenien | Apostille | seit 14.08.1994 | BGBI. 1994 II S. 2532 |
| Aserbaidshan | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Aserbaidshan mit Ausnahme von Personenstandsurkunden | | Haager Übereinkommen seit 2.3.2005, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland - BGBI. 2008 II S. 224 |
| Äthiopien | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Äthiopien | | |
| Australien | Apostille | seit 16.03.1995 | BGBI. 1995 II S. 222 |
| B | | | |
| Bahamas | Apostille | seit 10.07.1973 | BGBI. 1977 II S. 20 |
| Bahrain | Apostille | seit | BGBI. 2013 II S. 1593 |

| | | | |
|----------------------------|---|--|---|
| | | 31.12.2013 | |
| Bangladesch | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Bangladesch | | |
| Barbados | Apostille | seit 30.11.1966 | BGBI. 1996 II S. 934 |
| Belarus | Siehe Weißrussland | | |
| Belgien | Zur Verwendung deutscher Urkunden in Belgien empfiehlt sich, vorsichtshalber eine Apostille einzuholen, da das bilaterale Abkommen offenbar z. T. in Belgien nicht anerkannt wird. Umgekehrt ist für die Verwendung belgischer Urkunden in Deutschland keine Apostille erforderlich | Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. Mai 1975 (BGBI. 1980 II 815) - daneben Haager Abkommen seit 9.2.1976 (BGBI. 1976 II S. 199) | |
| Belize | Apostille | seit 11.04.1993 | BGBI. 1993 II S. 1005 |
| Benin | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Benin | | |
| Bhutan | Legalisation | | |
| Bolivien | Apostille | seit 07.05.2018 | BGBI. 2018 II S.102 |
| Bosnien und Herzegowina | Apostille | seit 06.03.1992 | BGBI. 1994 II S. 82 |
| Botswana | Apostille | seit 30.09.1966 | BGBI. 1970 II S. 121 |
| Brasilien | Apostille | seit 14.08.2016 | BGBI. 2016 II S. 1008 |
| Brunei Darussalam | Apostille | seit 03.12.1987 | BGBI. 1988 II S. 154 |
| Bulgarien | Apostille | seit 29.04.2001 | BGBI. II 2001 II S. 801 |
| Burkina Faso | Legalisation | | |
| Burundi | Legalisation z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Burundi | | Haager Übereinkommen seit 13.2.2015, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland – BGBI. 2015 II S. 151 |
| C | | | |
| Chile | Apostille | seit 30.08.2016 | BGBI. 2016 II S. 1008 |
| China, Volksrepublik | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung; Apostille genügt für Hongkong und Macão | | |

| | | | |
|--|--|---|---|
| Cookinseln | Apostille | seit 30.04.2005 | BGBI. 2005 II S. 752 |
| Costa Rica | Apostille | seit 14.12.2011 | BGBI. 2012 II S. 79 |
| D | | | |
| Dänemark, (nicht für Grönland und Faröer Inseln) | Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich | Deutsch-Dänisches Beglaubigungsabkommen vom 17. Juni 1936 (RGBl. 1936 II S. 213) - daneben Haager Abkommen seit 29.12.2006 (BGBI. 2008 II S. 224) | |
| Dominikanische Republik | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Dominikanischen Republik mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen | | Haager Übereinkommen seit 30.08.2009, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland - BGBI. 2010 II S. 93 |
| Dominica | Apostille | seit 03.11.1978 | BGBI. 2003 II S. 734 |
| Dschibuti | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Dschibuti | | |
| E | | | |
| Ecuador | Apostille | seit 02.04.2005 | BGBI. 2005 II S. 752 |
| El Salvador | Apostille | seit 31.05.1996 | BGBI. 1996 II S. 934 |
| Elfenbeinküste | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Elfenbeinküste | | |
| Eritrea | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Eritrea | | |
| Estland | Apostille | seit 30.09.2001 | BGBI. 2002 II S. 626 |
| F | | | |
| Fidschi | Apostille | seit 10.10.1970 | BGBI. 1971 II S. 1016 |
| Finnland | Apostille | seit 26.08.1985 | BGBI. 1985 II S. 1006 |
| Frankreich | Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich | Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation vom 13. September 1971 (BGBI. 1974 II S. 1100) - seit 24.01.1965 auch Haager Übereinkommen (BGBI. 1966 II S. 106) | |
| G | | | |
| Gabun | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche | | |

| | | | |
|----------------|---|--|---|
| | Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Gabun | | |
| Gambia | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Gambia | | |
| Georgien | Apostille | seit 03.02.2010 | BGBI. 2010 II S. 809 |
| Ghana | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Ghana. | | |
| Grenada | Apostille | seit 07.04.2002 | BGBI. 2002 II S. 1685 |
| Griechenland | Für bestimmte gerichtliche Urkunden (Landgericht oder höher) keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich; für Urkunden von Amtsgerichten, Notaren, Grundbuchämtern etc. Apostille | Deutsch-griechisches Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handelsrechts vom 11. Mai 1938 (RGBl. 1939 II S. 848) - seit 18.05.1985 auch Haager Apostille-Übereinkommen(BGBI. 1985 II S. 1108) | |
| Großbritannien | Apostille; ebenso für folgende britische Kron- bzw. Überseegebiete: Anguilla, Bermuda, Caymaninseln, Falklandinseln, Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Britische Jungferninseln, Montserrat, St. Helena, Turks- und Caicosinseln | seit 24.01.1965 | BGBI. 1966 II S. 106 |
| Guatemala | Apostille | seit 18.09.2017 | BGBI. 2017 II S. 1309 |
| Guinea | Legalisation z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Guinea | | |
| Guinea-Bissau | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Guinea-Bissau | | |
| Guyana | Apostille | seit 18.04.2019 | BGBI. 2019 II S. 141 |
| H | | | |
| Haiti | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Haiti | | |
| Honduras | Apostille | seit 30.09.2004 | BGBI. 2005 II S. 64 |
| Hongkong | Apostille | seit 25.04.1965 | BGBI. 2003 II S. 583 - keine Änderung durch den Rückfall an China |

| I | | | |
|------------|---|---|---|
| Indien | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Indien | | Haager Apostille- Übereinkommen seit 14.07.2005, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland - BGBl. 2008 II S. 224 |
| Indonesien | Legalisation | | |
| Irak | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Irak | | |
| Iran | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich (außer für Hochschulzeugnisse) | | |
| Irland | Apostille | seit 09.03.1999 | BGBl. 1999 II S. 142 |
| Island | Apostille | seit 27.11.2004 | BGBl. 2005 II S. 64 |
| Israel | Apostille | seit 14.08.1978 | BGBl. 1978 II S. 1198 |
| Italien | Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich | Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Italienischen Republik über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden vom 7. Juni 1969 (BGBl. 1974 II S. 1069) – daneben seit 11.02.1978 Haager Apostille- Übereinkommen (BGBl. 1978 II S. 153). | |
| J | | | |
| Jamaika | z.Zt. noch Legalisation; Apostille | ab 03.06.2021 | BGBl. 2021 II S. 238 |
| Japan | Apostille | seit 27.07.1970 | BGBl. 1970 II S. 752 |
| Jemen | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Jemen | | |
| Jordanien | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich | | |
| K | | | |
| Kambodscha | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kambodscha mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen | | |
| Kamerun | Legalisation; | | |

| | | | |
|--------------------------------------|--|--------------------|--|
| | z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kamerun | | |
| Kanada | Legalisation | | |
| Kap Verde | Apostille | seit 13.02.2010 | BGBI. 2010 II S. 93 |
| Kasachstan | Apostille | seit 30.01.2001 | BGBI. 2001 II S. 298 |
| Katar | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich | | |
| Kenia | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kenia | | |
| Kirgisistan/Kirgisi sche Republik | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Kirgisistan | | Haager Übereinkommen seit 31.07.2011, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland - BGBI. 2012 II S. 79 |
| Kiribati | Legalisation | | |
| Kolumbien | Apostille - Kolumbien erklärte 2005 eine gegenüber der im Haager Übereinkommen festgelegten etwas abgewandelten Form der Apostille zu verwenden und diese nicht in Form eines Aufklebers, sondern mechanisch mittels Metallklammer zu verbinden | seit 30.01.2001 | BGBI. 2001 II S. 298; BGBI. 2005 II S. 752 |
| Kongo, Republik | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Republik Kongo | | |
| Kongo, Demokrat. Republik | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Dem. Rep. Kongo | | |
| Korea, Republik | Apostille | seit 14.07.2007 | BGBI. 2008 II S. 224 |
| Korea, Volksrepublik | Legalisation | | |
| Kosovo | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Kosovo mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen | seit 14.07.2016 | Haager Übereinkommen seit 14.7.2016, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland – BGBI. 2016 II S. 1008 |
| Kroatien | Apostille | seit 8.10.1991 | BGBI. 1994 II S. 82 (als Nachfolgestaat der SFRJ) |
| Kuba | Legalisation | | |
| Kuwait | Legalisation | | |

| | | | |
|---------------|--|--------------------|--|
| | | | |
| L | | | |
| Laos | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Laos | | |
| Lesotho | Apostille | seit 04.10.1966 | BGBI. 1972 II S. 1466 |
| Lettland | Apostille | seit 30.01.1996 | BGBI. 1996 II, S. 223 |
| Libanon | Legalisation; für deutsche Schul- und Hochschulzeugnisse Endbeglaubigung erforderlich | | |
| Libyen | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Libyen mit Ausnahme von Personenstandsurkunden | | |
| Liberia | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Liberia | | Haager Übereinkommen seit 8.2.1996, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland - BGBI. 2008 II S. 224 |
| Liechtenstein | Apostille | seit 17.09.1972 | BGBI. 1972 II S. 1466 |
| Litauen | Apostille | seit 19.07.1997 | BGBI. 1997 II S. 1400 |
| Luxemburg | Apostille | seit 03.06.1979 | BGBI. 1979 II S. 684 |
| M | | | |
| Macão | Apostille | seit 04.02.1969 | BGBI. 1969 II S. 120; BGBI. 2003 II S. 789 – keine Änderung durch den Rückfall an China |
| Madagaskar | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Madagaskar | | |
| Malawi | Apostille | seit 02.12.1967 | BGBI. 1968 II S. 76 |
| Malaysia | Legalisation | | |
| Malediven | Legalisation | | |
| Mali | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Mali | | |

| | | | |
|------------------|---|--------------------|---|
| Malta | Apostille | seit 03.03.1968 | BGBI. 1968 II S. 131 |
| Marokko | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine einfachen Urkunden aus Marokko (also etwa keine Ledigkeits- oder Wohnortsbescheinigungen) | | Haager Übereinkommen seit 14.8.2016; aber nicht im Verhältnis zu Deutschland BGBI. 2016 II S. 1008 |
| Marschall-Inseln | Apostille | seit 14.08.1992 | BGBI. 1992 II S. 948 |
| Mauretanien | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich | | |
| Mauritius | Apostille | seit 12.03.1968 | BGBI. 1970 II S. 121 |
| Mazedonien | Apostille | seit 17.09.1991 | BGBI. 1994 II S. 1191 |
| Mexiko | Apostille | seit 14.08.1995 | BGBI. 1995 II S. 694 |
| Mikronesien | Legalisation | | |
| Moldau | Legalisation | | Haager Übereinkommen seit 16.03.2007, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland- BGBI. 2008 II S. 224 |
| Monaco | Apostille | seit 31.12.2002 | BGBI. 2003 II S. 63 |
| Mongolei | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Mongolei | | Haager Übereinkommen seit 31.12.2009, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland - BGBI. 2010 II S. 93 |
| Montenegro | Apostille | seit 3.6.2006 | BGBI. 2008 II S. 224 |
| Mozambik | Legalisation | | |
| Myanmar | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Myanmar | | |
| N | | | |
| Namibia | Apostille | seit 30.01.2001 | BGBI. 2001 II S. 298 |
| Nauru | Legalisation | | |
| Nepal | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Nepal | | |
| Neuseeland | Apostille – nicht Tokelau | seit 22.11.2001 | BGBI. 2002 II S. 626 |

| | | | |
|--|---|--|---|
| Nicaragua | Apostille | Seit 14.05.2013 | BGBI. 2013 II S. 528 |
| Niederlande | Apostille | seit 08.10.1965 | BGBI. 1966 II S. 106 |
| Niger | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Niger | | |
| Nigeria | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Nigeria | | |
| Niue | Apostille | seit 02.03.1999 | BGBI. 1999 II S. 142 |
| Norwegen | Apostille | seit 29.07.1983 | BGBI. 1983 II S. 478 |
| O | | | |
| Oman | Apostille | 30.01.2012 | BGBI. 2012 II S. 273 |
| Österreich | Keinerlei Echtheitsnachweis erforderlich | Deutsch-österreichischer Beglaubigungsvertrag vom 21. Juni 1923 (RGGI. 1924 II S. 61) - daneben auch Haager Abkommen seit 13.01.1968 (BGBI. 1968 II S. 76) | |
| P | | | |
| Pakistan | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Pakistan | | |
| Gebiete unter palästinensischer Verwaltung | Legalisation durch das Vertretungsbüro der Bundesrepublik Deutschland in Ramallah | | |
| Palau | Apostille | seit 23.06.2020 | BGBI. 2020 II S. 770 |
| Panama | Apostille | seit 04.08.1991 | BGBI. 1991 II S. 998 |
| Papua Neuguinea | Legalisation | | |
| Paraguay | Legalisation | | Haager Übereinkommen seit 30.8.2014, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland – BGBI. 2015 II S. 151 |
| Peru | Apostille | seit 01.01.2014 im Verhältnis zu Deutschland | BGBI. 2014 II S. 137 |
| Philippinen | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden von den Philippinen | | Haager Übereinkommen seit 14.05.2019, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland – BGBI. |

| | | | |
|--------------------------|---|--------------------|---|
| | | | 2019 II S. 141 |
| Polen | Apostille | seit 14.08.2005 | BGBI. 2006 II S. 132 |
| Portugal | Apostille | seit 04.02.1969 | BGBI. 1969 II S. 120 |
| | | | |
| R | | | |
| Ruanda | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich | | |
| Rumänien | Apostille | seit 16.03.2001 | BGBI. 2001 II S. 801 |
| Russland | Apostille | seit 31.05.1992 | BGBI. 1992 II S. 948 |
| S | | | |
| Salomonen | Legalisation | | |
| Samoa | Apostille | seit 13.09.1999 | BGBI. 1999 II S. 794 |
| Sambia | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Sambia mit Ausnahme von Personenstandsurkunden | | |
| San Marino | Apostille | seit 13.02.1995 | BGBI. 1995 II S. 222 |
| São Tome und Principe | Apostille | seit 13.09.2008 | BGBI. 2009 II S. 596 |
| Saudi-Arabien | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich | | |
| Schweden | Apostille | seit 01.05.1999 | BGBI. 1999 II S. 420 |
| Schweiz | Apostille - der deutsch-schweizerische Vertrag über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden vom 14. Februar 1907 (RGI. II 1907, S. 411) gilt nicht für notarielle Urkunden | seit 11.03.1973 | BGBI. 1973 II S. 176 |
| Senegal | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich | | |
| Serbien | Apostille | seit 27.04.1992 | BGBI. 2002 II S. 626 (als Nachfolgestaat der SFRJ) |
| Seychellen | Apostille | seit 31.03.1979 | BGBI. 1979 II S. 417 |
| Sierra Leone | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Sierra Leone | | |
| Simbabwe | Legalisation | | |

| | | | |
|-----------------------------------|--|--------------------|---|
| | | | |
| Singapur | z.Zt. noch Legalisation; Apostille | ab 16.09.2021 | BGBI. 2021 II S. 238 |
| Slowakei | Apostille | seit 18.02.2002 | BGBI. 2002 II S. 626 |
| Slowenien | Apostille | seit 25.06.1991 | BGBI. 1993 II S. 1005 |
| Somalia | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Somalia | | |
| Spanien | Apostille | seit 25.09.1978 | BGBI. 1978 II S. 1330 |
| Sri Lanka | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Sri Lanka | | |
| St. Kitts und Nevis | Apostille | seit 14.12.1994 | BGBI. 1994 II S. 3765 |
| St. Lucia | Apostille | seit 31.07.2002 | BGBI. 2002 II S. 2503 |
| St. Vincent und die Grenadinen | Apostille | seit 27.10.1979 | BGBI. 2003 II S. 698 |
| | | | |
| Sudan | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Sudan | | |
| Südsudan | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Südsudan | | |
| Südafrika | Apostille | seit 30.04.1995 | BGBI. 1995 II S. 326 |
| Surinam | Apostille | seit 25.11.1975 | BGBI. 1977 II S. 593 |
| Swasiland (Eswatini) | Apostille | seit 06.09.1968 | BGBI. 1979 II S. 417 |
| Syrien | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; .z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen aus Syrien mit Ausnahme von Personenstandsunterlagen | | |
| T | | | |
| Tadschikistan | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche | | Haager Übereinkommen seit 31.10.2015, aber nicht |

| | | | |
|-----------------------|---|--|--|
| | Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Tadschikistan | | im Verhältnis zu Deutschland – BGBl. 2015 II S.1219 |
| Taiwan | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich (Taipeh-Handelsbüro, nur für Urkunden aus dem Justizbereich) | | |
| Tansania | Legalisation | | |
| Thailand | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus einigen Teilen Thailands | | |
| Togo | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Personenstandsurkunden aus Togo | | |
| Tonga | Apostille | seit 04.06.1970 | BGBl. 1972 II S. 254 |
| Trinidad und Tobago | Apostille | seit 14.07.2000 | BGBl. 2000 II S. 1362 |
| Tschad | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus dem Tschad | | |
| Tschechische Republik | Apostille | seit 16.03.1999 | BGBl. 1999 II S. 142 |
| Tunesien | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Tunesien mit Ausnahme von Personenstandsurkunden | | Haager Übereinkommen seit 30.03.2018, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland – BGBl. 2018 S. 1565 |
| Türkei | Apostille | seit 29.09.1985 | BGBl. 1985 II S. 1108 |
| Turkmenistan | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Turkmenistan | | |
| U | | | |
| Uganda | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Uganda | | |
| Ukraine | Apostille (nicht für Urkunden, die nach dem 11.8.2014 auf der Krim ausgestellt wurden) | für Deutschland seit dem 22.07.2010 | BGBl. 2008 II S. 224 bzw. BGBl. 2010 II S. 1195 |
| Ungarn | Apostille | seit | BGBl. 1973 II S. 65 |

| | | | |
|---------------------------------|--|--------------------|---|
| | | 18.01.1973 | |
| Uruguay | Apostille | 14.10.2012 | BGBI. 2012 II S. 1029 |
| USA | Apostille | seit 15.10.1981 | BGBI. 1981 II S. 903 |
| Usbekistan | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus Usbekistan | | Haager Übereinkommen seit 15.4.2012, aber nicht im Verhältnis zu Deutschland - BGBI. 2012 II S. 273 |
| V | | | |
| Vanuatu | Apostille | seit 30.07.1980 | BGBI. 2009 II S. 596 |
| Venezuela | Apostille | seit 16.03.1999 | BGBI. 1999 II S. 142 |
| Vereinigte Arabische Emirate | Legalisation; für deutsche Urkunden Endbeglaubigung erforderlich; | | |
| Vietnam | Legalisation | | |
| W | | | |
| Weißrussland | Apostille | seit 31.05.1992 | BGBI. 1993 II S. 1005 |
| Z | | | |
| Zentralafrikanische Republik | Legalisation; z. Zt. legalisieren deutsche Auslandsvertretungen keine Urkunden aus der Zentralafrikanischen Republik. | | |
| Zypern | Apostille | seit 30.04.1973 | BGBI. 1973 II S. 391 |